

# Eine politische Farbenlehre der Raumplanung

## Eine Untersuchung der Bedeutung von Raumplanungsthemen in der österreichischen Parteienlandschaft zur Nationalratswahl 2017

Maximilian Jäger

---

Fixpunkt der raumplanerischen Arbeit ist die Auseinandersetzung mit Zukunftsthemen wie Wohnen, Mobilität, Umwelt, Energie- und Regionalpolitik, die auf allen Ebenen der Politik diskutiert werden. Trotz der nicht unanspruchsvollen österreichischen Kompetenzverteilung sollte man meinen, dass diese Fragestellungen daher eine bedeutende Rolle in den Nationalratswahlen 2017 einnehmen werden. Hierbei lohnt sich ein Blick auf die österreichische Parteilandschaft und die Aufstellung der zur Wahl antretenden Listen im Hinblick auf ihr Personal, ihre Ansichten und Ansätze in diesem Themenspektrum. Während sich zeigt, dass keine Partei auf Bundesebene großen Wert auf Planungsexpertise in ihren Reihen legt, ist der Befund in der Analyse der Wahlprogramme differenzierter: Hier zeigt sich, dass sich die Parteien spezifische Schwerpunkte gesetzt haben und darin durchaus auch planerisch argumentieren. Im Hinblick auf das Wahlergebnis ist es bedeutend, die Interessen der Parteien zu kennen, um ihre politische Stoßrichtung und entsprechende Maßnahmen einschätzen zu können. Die neue schwarz-blaue Regierung baut etwa auf Wohnungseigentum, Steuerung durch Anreizsetzung und eine geringere Gewichtung der Klimapolitik. Die größte inhaltliche Nähe zur Planung weisen die aus dem Parlament gefallenen Grünen auf.

---

Zugegeben, in Österreich wird der Kernbereich der Raumplanung öffentlich wenig enthusiastisch diskutiert. So findet der Planungsalltag meistens entweder im Rahmen klassischer Verwaltungstätigkeiten oder in Form von wissenschaftlichen Debatten statt, die in Gemeinden und Ländern, also weit entfernt von der Bundesebene – und damit von der Nationalratswahl – entschieden werden. Bei der Wahl geht es um eine Reihe von bedeutenden Themen, die von finanziellen, rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen bis zu konkreten Ansätzen und Maßnahmen reichen und das Leben in Österreich auf Jahrzehnte maßgeblich mitbestimmen können: Wohnen, Verkehr und Mobilität, Umwelt, Energie- und Regionalpolitik<sup>1</sup>. Daher ist die Frage relevant, welche fachliche

Expertise und konkreten Ansätze die österreichischen Parteien zum Zeitpunkt der Nationalratswahl (NRW) 2017 anzubieten haben. Im Mittelpunkt dieser Analyse stehen sechs österreichische Parteien – die *Sozialdemokratische Partei Österreichs* (SPÖ), die *Österreichische Volkspartei* (ÖVP), die *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ), die Grünen, das *Neue Österreich und Liberales Forum* (NEOS) und die *Kommunistische Partei Österreichs* (KPÖ Plus) –, die vor der Wahl ein Programm veröffentlicht haben und nach den oben genannten thematischen Gebieten abgeklöpft werden. Untersucht werden folgende zwei Aspekte:

- » Die personelle Aufstellung der Parteien in ihren Bundes- und Landeslisten zur NRW
- » sowie die konkreten Inhalte und Zielsetzungen in den Wahlprogrammen.

---

<sup>1</sup> Themen der sozialen Infrastruktur werden in diesem Text weitgehend ausgeklammert, da die Diskussion von Plänen für Kindergartenangebote, Schulkonzepten oder Universitätspolitik den Rahmen sprengen würde.

Dieser Text behandelt damit den Stellenwert, den die Parteien im Wahlkampf dem Themenbereich der Raumplanung bzw. Raumordnung zuweisen. Nach dem Verkünden des Wahlergebnisses ist es nun umso wichtiger zu wissen, welche Positionen die Spitzenkandidaten und ihr Unterbau beworben haben, um die Auswirkungen der nächsten Legislaturperiode auf dieses Arbeits- und Forschungsfeld abschätzen zu können.

## 1 Das Personal der Parteien

Eines ist im Vorhinein klar: EinE guteR PlanungspolitikerIn muss nicht zwangsweise ExpertIn in Raum-, Regionalplanungs- oder Städtebauagenden sein. In den bedeutenden politischen Positionen leistet die Verwaltungsebene solide Arbeit und kompensiert etwaige thematische Schwächen der Spitzenkräfte, die dafür in anderen Bereichen ihre Stärken haben. So sind zurzeit in allen Bundesländern ausschließlich PolitikerInnen ohne Raumplanungshintergrund an den entsprechenden Agenden dran. Die – ihrer Ausbildung entsprechenden – Berufsaufteilung unter den LandesrätInnen ist folgende<sup>2</sup>:

- » JuristInnen – Niederösterreich, Salzburg und Tirol
- » Wirtschaftswissenschaftler – Oberösterreich und Vorarlberg
- » Lehrer – Burgenland
- » Sprachwissenschaftlerin – Wien
- » Bankier – Steiermark
- » Künstler – Kärnten

Für die Bewerbung um die 183 Sitze im Nationalrat existiert ein komplexes System der Priorisierung und Reihung von KandidatInnen in parteiinternen Bundes-, Landes- und Regionallisten. Alleine auf Bundesebene sind insgesamt 2.047 Personen angetreten, dazu kommen etwa noch einmal so viele in den Bundesländern und regionalen Wahlkreisen. Dazu listet das Bundesministerium für Inneres alle KandidatInnen auf, u.a. mit ihren Berufsangaben, woraus sich interessante Daten herauslesen lassen, z.B. zur Verteilung der planerischen Fachkenntnisse in den Parteien. Unter den ca. 4.000 zur Wahl Angetretenen aus einer Planungsdisziplin kommen.

RaumplanerInnen per Berufsbezeichnung (Bundesministerium für Inneres 2017a und 2017c):

- » Alexandra Fischbach (GRÜNE Landesliste Burgenland 8. Platz)

ArchitektInnen per Berufsbezeichnung (Bundesministerium für Inneres 2017a und 2017c):

- » Michael Sohm (PILZ Landesliste Vorarlberg 6. Platz)
- » Judith Wellmann (GRÜNE Landesliste Vorarlberg 13. Platz)
- » Günter Eckerstorfer (NEOS Landesliste Salzburg 18. Platz)
- » Ella Lang (NEOS Landesliste Wien 20. Platz)
- » Simon Jahn (GRÜNE Landesliste Niederösterreich 28. Platz)
- » Andreas Höfer (NEOS Landesliste Steiermark 31. Platz)
- » Karl Rudischer (SPÖ Landesliste Steiermark 35. Platz)
- » Knut Drugowitsch (NEOS Bundesliste 132. Platz)
- » Irene Hübner (KPÖ Plus Bundesliste 135. Platz)

Die NEOS und die Grünen stellten dabei mit vier bzw. drei die meisten RaumplanerInnen und ArchitektInnen auf und neun von zehn kommen aus den Kleinparteien. Bezeichnenderweise hat es von den zehn Angetretenen keinE EinzigeR in das Parlament geschafft, v.a. weil sie an quasi unmöglichen Positionen gereiht wurden.

Jene, die es (dem Recherchezeitpunkt geschuldet: im Jahr 2013) in den Nationalrat geschafft haben, werden – sofern sie sich in ihrer Partei profilieren konnten – in Spezialgebieten zu parteieigenen SprecherInnen ernannt. Darunter finden sich auch planungsnahe Themen wie Wohnen, Verkehr, Infrastruktur, Regionalpolitik oder Energie. Tabelle 1 versammelt drei BereichssprecherInnen je Partei, die relevanten Planungsmaterien am nächsten stehen. Die Bedeutung dieser Personen für ihre Klubs lässt sich an den durchaus prominenten Positionierungen in den Wahllisten ablesen, die (mit Ausnahme der Grünen) allen Fixplätze im Nationalrat gebracht haben.

Während die planungsrelevanten Bereiche zumeist an einer Hand abzuzählen waren, hatten die Grünen die differenzierteste Parteistruktur aufzuweisen, in der noch weitere Bereiche mit Raumrelevanz zu nennen wären. Nachdem die Partei jedoch an der 4%-Hürde gescheitert ist, löst sich diese derzeit und für mindestens die nächsten fünf Jahre der Legislaturperiode auf. Sieht man sich die verbleibenden auf Planungsagenden spezialisierten Nationalratsabgeordneten an, so finden sich auch hier wieder: LehrerInnen, Juristen, Unternehmer, ein Beamter und ein Gewerkschafter.

Anschließend lässt sich im Hinblick auf das Personal feststellen, dass es aus fachinterner Perspektive – also mit „Planungsbrille“ – doch überraschend ist, dass im politischen Alltag das raumplanerische Wissen oder die architektonische Praxis nicht relevant vertreten sind und keinE einschlägigeN AbgeordneteN gestellt werden. Vielleicht können im Politikprozess damit entweder keine entscheidenden Zielgruppen angesprochen werden oder es sind andere Qualitäten, wie z.B. die Dienstdauer in der Partei, Organisationskraft, Netzwerke oder (Bundesland-)Herkunft ausschlaggebender als die berufliche Spezialisierung.

<sup>2</sup> Genauer: Ausbildung bzw. Berufstätigkeit vor der Politik; recherchiert mit Hilfe von Österreichisches Parlament 2017a und den Homepages der Landesregierungen.

**Tabelle 1:** Darstellung der Besetzung<sup>3</sup> der Top drei Raumplanungsthemen nach Listenreihung je Parlamentsklub

SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	NEOS*
<b>Energie</b> Wolfgang Katzian (BL 3. Platz)	<b>Verkehr</b> Andreas Ottenschläger (RL Wien Nord-West 1. Platz)	<b>Infrastruktur, Verkehr, Luftfahrt und Technologie</b> Gerhard Deimek (LL ÖÖ 3. Platz)	<b>Bauten</b> <del>Gabriela Moser</del> ( <del>LL ÖÖ 3. Platz</del> ) (kein Mandat)	<b>Bauten</b> Gerald Loacker (BL 4. Platz)
<b>Landwirtschaft, ländlicher Raum</b> Erwin Preiner (LL Burgenland 3. Platz)	<b>Wohnen</b> Johann Singer (RL Traunviertel 1. Platz)	<b>Umwelt</b> Walter Rauch (LL Steiermark 6. Platz)	<b>Verkehr</b> <del>Georg Willi</del> ( <del>LL Tirol 30. Platz</del> ) (Spitzenkandidat Bürgermeister Innsbruck)	<b>Verkehr</b> Michael Bernhard (BL 8. Platz)
<b>Wohnen und Bauten</b> Ruth Becher (LL Wien 16. Platz)	<b>Landwirtschaft und ländlicher Raum</b> <del>Jakob Auer</del> (kein neuerlicher Antritt)	<b>Bauten</b> Philipp Schrangl (LL ÖÖ 7. Platz)	<b>Regionalpolitik</b> <del>Wolfgang Pirkhuber</del> (kein neuerlicher Antritt)	-

Quelle: Eigene Darstellung mit Daten von Österreichisches Parlament 2017b sowie Bundesministerium für Inneres 2017a und 2017b.

Anmerkung: Die durchgestrichenen Namen sind im aktuellen Parlament (ab 09.11.2017) nicht mehr vertreten.

BL – Bundesliste | LL – Landesliste | RL – Regionalliste

\* Die NEOS haben aufgrund der vergleichsweise kleinen Parteiorganisation viele Bereiche auf wenige Personen konzentriert, daher konnten nur zwei Personen mit raumplanungsnahen Politikfeldern gefunden werden.

Mitunter kann es hierbei aber sein, dass sich noch weitere studierte PlanerInnen in der großen Masse an BewerberInnen verstecken. So sind etwa in der Bundesliste noch 31 JuristInnen, 114 Studierende und gar 208 Angestellte zu finden, die ihren Fachhintergrund jedoch nicht genauer angeben.

## 2 Die raumplanerischen Interessen und Ansätze der Parteien in den Wahlprogrammen

Nach der Betrachtung der personellen Aufstellung der wichtigsten österreichischen Parteien im Raumplanungsbereich, sollten die Inhalte untersucht werden, die sie im Wahlkampf aktiv transportiert haben. Als Grundlage der Analyse bieten sich dafür die Wahlprogramme an, da diese je nach Interessenslage und Zielgruppen der Parteien aktuelle Probleme ansprechen – etwa die hohe Flächeninanspruchnahme, Zersiedelung, örtliche Baukultur, Ortskernsterben, (weibliche) Landflucht, Aspekte der Energiewende und vieles mehr – und dafür zielgerichtete Lösungen vorschlagen.

<sup>3</sup> Diese sind die BereichssprecherInnen. Die Aktualität der Daten der Parteien schwankt zwischen 28.03. und 23.08.2017.

An dieser Stelle könnte man auch kritisch anmerken, dass die in den Wahlprogrammen genannten Forderungen nach den Wahlen zumeist schnell vergessen werden. Obwohl das mitunter tatsächlich passiert, sollte man die Wahlprogramme als Manifestierung des Parteienwillens und Resultat eines langwierigen internen Diskussionsprozesses ernst nehmen. Im Anschluss an die Übersicht über die Wahlprogramme (Abbildung 1) werden diese je Partei vorgestellt und auf deren Raumplanungsbezug und planerische Qualität abgeklopft.

### 2.1 SPÖ („Plan A“, 213 Seiten in 9 Themen)

Die SPÖ war jene Partei, die ihre Wahlkampfunterlage als erste, bereits im Frühjahr, parat hatte. Damals wurde der „Plan A“ als intern einendes Grundlagenpapier für die rote Regierungshälfte kommuniziert, alle prägenden Themen und Sprüche des diesjährigen SPÖ-Wahlkampfes sind aber bereits hier zu finden (u.a. „damit Sie bekommen, was Ihnen zusteht“). Das Dokument hat den unterhaltsamen Untertitel „Programm für Wohlstand, Sicherheit & gute Laune“, womit dem 213-seitigen Band wohl eine gewisse Verspieltheit und Leichtigkeit gegeben werden soll. Grundsätzlich ist es mit seinen häufigen ganzseitigen Bildern und intensiver graphischer Aufbereitung recht schnell zu lesen und setzt sich selbst das Ziel positive Stimmung zu wecken.

Raumplanerische Inhalte sind v.a. im sechsten (Wohnen) und siebenten (ländlicher Raum) von neun Kapiteln finden. Schon davor, im Wirtschaftsteil, geht die SPÖ auf den Ausbau der Datenleitungen und Mobilfunkanlagen ein, der „[...] für Österreich eine flächendeckende Versorgung mit ultraschnellem Internet in jedem Winkel, wo Menschen leben und arbeiten“ bringen soll (SPÖ 2017, S.64). Gleich den anderen Parteien, steht die digitale Infrastruktur nicht nur hier, sondern auch an einigen weiteren Stellen im Mittelpunkt.

Abbildung 1: Die Titelseiten der Wahlprogramme der untersuchten Parteien



Quelle: Eigene Darstellung.

Im Bereich Wohnen nimmt die SPÖ überwiegend die Seite der MieterInnen ein und schlägt vor das Mietrecht bundesweit zu vereinheitlichen und damit transparenter zu machen sowie das Wiener „Mietbegrenzungs-system“ von 1994 auch auf freifinanzierte Neubauten (ab einem Bestandsalter von 20 Jahren) auszudehnen (SPÖ 2017, S.140f). Weitere Maßnahmen zur Senkung der Mietkosten bzw. um Menschen mit geringem Einkommen unter die Arme zu greifen, zielen auf Mietvertragsregelungen ab: Deckelung der Kautions auf drei Monatsmieten und Einführung eines „Wohnungs-Kautionsfonds“ als zinsloses Darlehen, um jene Kautions im Bedarfsfall auslegen zu können; Senkung der Betriebskosten, Abschaffung der Vergebüh- rung von Mietverträgen und Bezahlung der MaklerInnen- provision durch den/die AuftraggeberIn. Darüber hinaus soll die Befristungsmöglichkeit der Mietverträge drastisch eingeschränkt werden (SPÖ 2017, S.141f).

Auf der Suche nach Vorschlägen für leistbares Wohnen, macht die SPÖ einen Ausflug in die Landesgesetzgebung und die planerische Kernagenda des Raumordnungsgesetzes: Darunter sind die neue einzuführende Widmungskate- gorie „sozialer Wohnbau“, die Rückwidmung von (bebau- baren) Grundstücken, die länger als fünf Jahre unbebaut bleiben sowie die Ausweisung von Vorbehaltsflächen für förderbaren Wohnraum wenn öffentliche Liegenschaften verkauft werden. (SPÖ 2017, S.143)

Vorschläge für den ländlichen Raum werden auf einer halben Seite abgehandelt und fokussieren sich auf Wirt- schaftsförderung, öffentlichen Verkehr (ÖV) und soziale Infrastruktur. Für den Breitbandausbau und eine lokale KMU-Förderung soll eine Milliarde Euro in die Hand genommen werden. Daneben werden weitere Investiti- onen für eine „Öffi-Offensive“ – diese umfasst Bus- und Schienenverkehr, Park&Ride-Anlagen und lokale Mikro-ÖV-Angebote – angesprochen sowie für die Finanzie- rung von Einrichtungen zur Ganztagesbetreuung ab dem ersten Lebensjahr (SPÖ 2017, S.168).

Energiepolitisch werden die Ziele einer nationalen Strom- bedarfsdeckung zu 100% bis 2030 und eines „Energieeffizi- enzpakets“ ausgegeben. Darin will die SPÖ die Wohnbauför- derung und Bauordnungen gezielter auf Energieeffizienz trimmen und die Förderung thermischer Sanierung und

effizienterer Wärmesysteme stärken (SPÖ 2017, S.175ff). Darüber hinaus wird eine nicht näher definierte Neu- aufstellung der Ökostromförderung angesprochen (SPÖ 2017, S.175). Am Ende des „Plan A“ steht der Aufruf zur Zentralisierung von Bereichen der Landesgesetzgebung auf Bundesebene, u.a. im Naturschutz (SPÖ 2017, S.200).

## 2.2 ÖVP (3 Dokumente, insgesamt 250 Seiten)

Die ÖVP, respektive die Liste Kurz, hat im Laufe des Jahres ihre gesamte politische Marke auf die Farbe Türkis umge- stellt und diese dominiert demensprechend ihr Wahlpro- gramm. Dazu kommen über den Seitenrand abfallende Diagramme, handgezeichnete Illustrationen und großfor- matige Fotos, die das Lesen abwechslungsreich machen. Das Programm ist in drei Dokumente unterteilt, die im Sommer 2017 im Wochenabstand veröffentlicht wurden und folgende thematische Fokussierung aufweisen:

- i. *Neue Gerechtigkeit & Verantwortung:* Familie, Gesundheit, Arbeit und Finanzen
- ii. *Aufbruch & Wohlstand:* Bürokratie, Unternehmen, Bildung und Natur
- iii. *Ordnung & Sicherheit:* Migration, Integration, Außenpolitik und Militär

Raumplanungsrelevante Ansätze finden sich v.a. im ersten Teil. Den Beginn macht der ländliche Raum, dem zwei Sei- ten gewidmet sind. Darin wird eine bedeutsame Aussage gleich an den Anfang der Lösungsvorschläge gestellt: „Uns ist es ein Anliegen, gleichwertige Lebens- und Arbeits- bedingungen in allen Regionen Österreichs, sowohl in Ballungszentren wie auch am Land, zu schaffen. Wer im ländlichen Raum leben möchte, der muss die gleiche Ver- sorgungssicherheit haben wie in der Stadt“. (ÖVP 2017a, S.81). Man kann diese Aussage als umfassendes Bekennt- nis für den ländlichen Raum sehen, das in dieser Form (einer Gleichwertigkeit der Lebens- und Arbeitsbedin- gungen zwischen Stadt und Land) im Politalltag nur sel- ten gegeben wird. Untermauert wird dieser Punkt mit der Forderung von Betriebsansiedlungen in strukturschw- achen Regionen, der Umsetzung der frisch veröffentlichten „Strategie für den ländlichen Raum“ des Umweltminis- teriums sowie der Verlagerung von Bundesbehörden in

ländliche Regionen (wie z.B. mit dem Umweltbundesamt bereits angekündigt) (ÖVP 2017a, S.81).

Im Sinne der Raumplanungsdisziplin interessant ist ein sogenannter „länderübergreifender Raum- und Entwicklungsplan“, der vorgeschlagen wird und durch welchen „bauliche und infrastrukturelle Entwicklungen unseres Landes vorangetrieben werden“ sollten (ÖVP 2017a, S.81). Was damit genau gemeint ist, bleibt offen. Der einzige Hinweis ist die Formulierung „Neuerstellung“, womit eigentlich nur noch das „Österreichische Raumentwicklungskonzept“ (ÖREK) in Frage kommen kann. Ein wichtiger Punkt für die ÖVP ist der Ausbau des Breitbandnetzes am Land, der an vier Stellen des türkisen Wahlprogramms betont wird (ÖVP 2017a, S.14 und 81 bzw. ÖVP 2017b S.71 und S.73). Am Land solle Mobilität leistbar und frei wählbar sein, wobei in weiterer Folge sowohl der Straßenbau, als auch das ÖV-Angebot gleichrangig angesprochen werden. Zudem sollen Großprojekte schneller entschieden und umgesetzt werden – wohl als Reaktion auf die Diskussion um die dritte Flugpiste in Wien Schwechat (ÖVP 2017a, S.86). Ein Punkt, der an mehreren Stellen immer wieder eingestreut wird, ist die Einbindung der BürgerInnen durch digitale Instrumente in politische Entscheidungsprozesse (z.B. ÖVP 2017a, S.81).

Allgemein zum Thema Mobilität, das den letzten inhaltlichen Punkt des zweiten Teils einnimmt, betont die ÖVP v.a. ihr Ziel der neuen Wege: Die Möglichkeiten der Digitalisierung sollen intensiv genutzt werden – von Carsharing und Mitfahrbörsen bis zu einem umfassenden „Österreich-Ticket“ für den gesamten landesweiten öffentlichen Verkehr. In Österreich solle als „Testland für selbstfahrende Autos“ positioniert und die E-Mobilität mit Hilfe von Anreizen und einer passenden Ladeinfrastruktur gestärkt werden (ÖVP 2017b, S.90f). Beim Energiebereich bleibt der Text abstrakt: Der „Kurs Richtung grüne Energie [muss] fortgesetzt“ werden, der Kampf gegen den Klimawandel „ist ein zentrales Ziel“ und das Land sollte „möglichst energieeffizient“ sein. Die Unnahbarkeit dieser Aussagen gipfelt im ersten energiepolitischen Maßnahmenpunkt – die nicht weiter kommentierte Forderung nach einem „Bürokratie-Abbau“. (ÖVP 2017b, S.88f)

Wohnen geht die ÖVP – ähnlich der FPÖ – v.a. von der Seite des Wohneigentums an. So solle jungen Familien der Eigentumsaufbau ermöglicht werden, indem öffentliche Nebenkosten und Gebühren abgeschafft und Kaufanreize erhöht werden (ÖVP 2017a, S.52f). Mit Blick auf Wien wird eine Gebührenerhöhungsbremse angesprochen, welche die wohnungsgebundenen Infrastrukturabgaben deckeln soll (ÖVP 2017a, S.106f). Eigene zwei Seiten werden dem sozialen Wohnbau gewidmet. Hier wird gefordert Vorschriften und Normen im geförderten Sektor herabzusetzen werden, um damit mehr Neubau anzureizen. Außerdem wird angekündigt, dass es für Mehrverdiener in Gemeindewohnungen Mieterhöhungen und Kaufoptionen für diese Wohnungen geben sollte. Das Ziel ist es,

Menschen zu helfen „sich aus der Abhängigkeit des Staates durch soziale Unterstützung hin zu einem selbstbestimmten Leben als Wohnungseigentümer zu entwickeln“ (ÖVP 2017a, S.108f).

Ein letzter Punkt, der beim Lesen des Wahlprogramms stark auffällt, ist, dass Wien fast ausschließlich in negativen Zusammenhängen genannt wird, mehrmals mit der Formulierung, „größtes Problem ist hierbei Wien“ (z.B. ÖVP 2017a, S.64 oder S.106). So kommt die ÖVP beim „roten“ Wien auf insgesamt 18 meist drastische Negativnennungen (etwa zu „Mindestsicherungstourismus“ oder Sätze wie „Zustände wie derzeit in Wien müssen mit allen Mitteln unterbunden werden“), denen nur vier schwache positive Erwähnungen gegenüber stehen, z.B. zu den diplomatischen Institutionen in Wien oder der Stadt als kulturelles Zentrum.

## 2.3 FPÖ (54 Seiten in 25 Themen)

Das Wahlprogramm der FPÖ trägt den Untertitel „Österreicher verdienen Fairness“, wobei das letzte Wort bis zum Ende im Zentrum aller Forderungen steht. Grundsätzlich werden ganze 25 Themenbereiche knapp angesprochen und jeweils in einem Kurztext, negativ formulierten Nichtzielen und Bulletpoints mit den blauen Maßnahmen behandelt. Damit ist das FPÖ-Programm sehr pointiert und schnell zu lesen. Im Hintergrund jeder zweiten Seite weht eine Österreichfahne im Wind, was symbolisch für den Großteil der politischen Pläne steht. Planungsrelevante Themen finden sich nach der Mitte, Wohnen als 14., ländlicher Raum als 16. und Infrastruktur als 22. Abschnitt. HC Strache leitet das Wahlprogramm mit einem Brief an die LeserInnen ein. Darin fällt der erste verkehrspolitische Satz, im Rahmen der „alltäglichen Ungerechtigkeiten eines Österreichers“: „[...] die absurde Idee eines Dieserverbotes. Das finden viele Österreicherinnen und Österreicher zu recht unfair“ (FPÖ 2017, S.3).

Im Wohnthema fordert die FPÖ, dass die Vergabe von Gemeindewohnungen an vorhandene Deutschkenntnisse gekoppelt, eine Gebührenbremse für Betriebskosten eingeführt und die Mietvertragsgebühr abgeschafft werden sollte. Darüber hinaus solle der Rechnungshof Wohnbaugenossenschaften prüfen, „um sozialen Wohnbau sicherzustellen“. Genauer ist dazu im knappen Text nicht zu finden. (FPÖ 2017, S.30f)

Für den ländlichen Raum werden Verbesserungen bei der technischen und sozialen Infrastruktur (hier: Arztpraxen, Polizeiposten, Schulen, Postämter) sowie bei der Unterstützung von regionalen Betrieben und dem Sicherheitsgefühl „in grenznahen Gebieten“ vorgeschlagen. Spannend ist, dass die FPÖ als einzige Partei eine bedeutende gemeingültige Planungsposition derart klar ausspricht: „Anstelle eines weiteren Wildwuchses von Einkaufszentren auf der grünen Wiese müssen die Ortskerne gestärkt werden“. (FPÖ 2017, S.34f)

Energiepolitisch strebt auch die FPÖ einen Ausbau von erneuerbaren Energieanlagen sowie von umweltfreundlichen Kraftstoffen an (FPÖ 2017, S.40f). Über dem Infrastrukturthema steht: „Die FPÖ bekennt sich zum Individualverkehr“ (FPÖ 2017, S.46). Daneben soll ein „Österreich-Ticket“ für alle ÖV-Strecken eingeführt und der Breitbandinternetausbau vorangetrieben werden. Abschließend wird die Erstellung einer „umfassenden österreichischen Infrastruktur-Gesamtstrategie 2030“ in einem Satz angesprochen, jedoch nicht weiter erklärt (FPÖ 2017, S.47). Interessant ist dabei, dass der Gesamtverkehrsplan des BMVIT erst 2012 veröffentlicht wurde – mit einem Planungshorizont bis zum Jahr 2025.

## 2.4 GRÜNE (64 Seiten in 13 Themen)

Im Gegensatz zu den politischen Mitbewerbern verzichten die Grünen komplett auf Bilder und schreiben ihre 64 Seiten in 13 Abschnitten und in engem Textbild herunter. Das Wahlprogramm ist mit seiner Unterteilung der Themen in einen jeweils zwei- bis dreiseitigen Volltext zu spezifischen „Herausforderungen“, von den Grünen umgesetzte Maßnahmen und deren Zukunftsprojekte, zwar verständlich und sehr informativ, jedoch nicht einfach zu lesen und wirkt im Vergleich zu den anderen Parteien akademischer, aber fundierter. Im Programm der Grünen sind Kernthemen der Raumplanung bereits recht früh zu finden, Wohnen als viertes von 13 Kapiteln, Mobilität und Energie im fünften und der ländliche Raum im siebten Punkt.

Zuerst wird im Sicherheitskapitel (2 von 13) der Verkehr angesprochen, bei dem der grüne Fokus auf dem Ausbau von sicherem und leistbarem öffentlichen Verkehr sowie „bewegungsaktiver“ Mobilität (also Rad fahren und gehen) liegt. Außerdem wird das „Miteinander“ im Straßenverkehr betont – u.a. gefördert durch Begegnungszonen, Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und Vorrang für klimaschonende Mobilität (Die Grünen 2017, S.13 und 27). Auch hier wird, im Gleichklang mit den anderen Parteien, die Einführung eines österreichweiten ÖV-Tickets vorgeschlagen (Die Grünen 2017, S.21). Als einzige Partei fordern die Grünen die dritte Piste am Flughafen Wien-Schwechat zu verhindern, Seite an Seite mit Schadstoff-Kompensationsmaßnahmen beim Flugverkehr (Die Grünen 2017, S.27). Ziel sollte sein alle Subventionen für fossile Energieträger (u.a. mit einer Reform der Pendlerpauschale, der Stellplatzverordnung und der Dieselsteuerprivilegierung) abzubauen (Die Grünen 2017, S.26). Beim Wohnthema soll ein „nachvollziehbares, überprüfbares und reguliertes Mietrecht mit Mietzinsobergrenzen“ (nach Vorbilds Wiens) für ganz Österreich etabliert werden. Eine zweite konkrete Forderung ist die Wiedereinführung der Zweckwidmung für die Wohnbauförderung (Die Grünen 2017, S.21).

Die Grünen verknüpfen den Energiebereich einerseits mit Klimaschutzpolitik und andererseits einem dominanten Naturschutzgedanken, während wirtschaftliche Standpunkte geringer als bei den zuvor besprochenen Parteien gewichtet werden. Energiepolitisch wird angekündigt bis 2030 100% des österreichischen Strombedarfs durch erneuerbare Energieträger bestreiten zu wollen. Dabei sollen ein neues Ökostromgesetz und eine ökosoziale Steuerreform ausschlaggebend sein: Diese sieht die Besteuerung von fossilen Energieträgern zugunsten einer Entlastung des Faktors Arbeit und des Ausbaus von nachhaltigen Energiequellen vor. Zusätzlich soll die thermische Sanierung durch Förderungen und Steuerbegünstigungen weiterhin angeschoben werden. (Die Grünen 2017, S.26f)

Naturschutz ist ein traditionell Anliegen der Grünen und wird im sechsten Teil des Wahlprogramms beschrieben. Im Mittelpunkt steht die Klimawandelanpassung, u.a. mit der Gefahrabwehr durch die Revitalisierung von Flusslandschaften, die Ausdehnung von Schutzwäldern und den Schutz von hochwertigen Böden. Hinzu sollen ein stärkerer Gewässerschutz, die Etablierung eines Umweltschutzgesetzes, durch welches NGOs und Einzelne Umweltinteressen vor Gericht vertreten können und die Ausdehnung der UVP-Pflicht bei Großprojekten kommen (diametral entgegen der diesbezüglichen Forderung der ÖVP). (Die Grünen 2017, S.30f)

Im Abschnitt für den ländlichen Raum wird die Novelle des Salzburger Raumordnungsgesetzes dieses Jahres, unter Nennung der Neuerungen, beschrieben. Dabei fordern die Grünen diese Standards in ganz Österreich anzuwenden und damit „Raumordnungsinstrumente weiterzuentwickeln“. Die Peripherie soll u.a. mit folgenden Maßnahmen unterstützt werden: Ausbau des Breitbandinternets, Erhalt der Nahversorgung und der öffentlichen Dienstleistungen, Leerstandsbewirtschaftung, flächendeckendes Angebot an sozialer Infrastruktur und einer maßvollen Verdichtung der Siedlungsräume. (Die Grünen 2017, S.34f)

## 2.5 NEOS (20 Seiten in 7 Themen gegliedert)

Das Wahlprogramm der NEOS ist mit 20 Seiten, wovon nur auf 14 Seiten inhaltlich argumentiert wird, überraschend knapp. Einleitend werden die „Grundsätze und Werte“ der NEOS erläutert, der restliche Text versammelt illustrierte Forderungen der Kernthemen der Partei: Politischer Wandel, Bürokratieabbau, Innovation, Bildungsreform und Europa. In raumplanungsrelevanten Bereichen werden die NEOS dabei jedoch nicht konkret. Ein Punkt, der eher in die untersuchte Thematik fällt, ist die Forderung, den „[...] Spendierföederalismus [zu] beenden und Länder in die budgetäre Verantwortung zu holen“ (NEOS 2017, S.8). Darüber hinaus finden sich keine Stellungnahmen, etwa zu Wohnen, Verkehr oder Umwelt.

## 2.6 KPÖ Plus PLUS (17 Seiten in 12 Themen)

Das Wahlprogramm der KPÖ Plus beginnt mit einer angriffigen Titelzeile: „Sie stehlen uns die Zukunft. Wir holen sie uns zurück!“ Jedem Arbeitsschwerpunkt wird eine Seite gewidmet, die mit einem Text eröffnet und mit Forderungen in Bulletpoints geschlossen wird. Die zwei planungsrelevanten Kapitel sind Wohnen (als drittes Thema) und „Verkehr, Klima und Umwelt“ (als siebter Punkt).

Der KPÖ Plus ist der Wohnraum ein Kernanliegen, das für sie als menschliches Grundbedürfnis keine Ware sein darf. Anstelle einer (befürchteten) Privatisierung des öffentlichen Wohnbaus, solle dessen Bestand ausgebaut werden. Bindende Mietpreisobergrenzen und eine Leerstandsabgabe bei Wohnraumspekulation sollen österreichweit eingeführt werden. Zur Unterstützung der MieterInnen mit niedrigem Einkommen werden die Etablierung eines Kautionsfonds sowie die Abschaffung von Mietvertragszahlungen (Maklerprovision und Vergebührung) und befristeten Abschlüssen gefordert. (KPÖ Plus 2017, S.5)

Entsprechend der Kapitelüberschrift stellt die KPÖ Plus Mobilität und Energie in den Kontext von Energie- und Umweltthemen. Zur Verhinderung der „Klimakatastrophe“ brauche es einen – nicht näher beschriebenen – „radikalen Ausbau“ des ÖV (inkl. „Freifahrt für alle“) und eine Verlagerung des Güterverkehrs auf Schiff und Schiene. Außerdem sollen die Radwegenetze verdichtet und sanfte Mobilität gefördert werden. Neubauten müssten ökologischer werden, die thermische Sanierung von „großvolumigen Wohnbauten“ voranschreiten und Energie CO<sup>2</sup>-neutral gewonnen werden. (KPÖ Plus 2017, S.9)

## 3 Zusammenführung und Diskussion

Im ersten Abschnitt dieses Textes wurde dargestellt, dass es auf Bundesebene so gut wie keineN PolitikerIn mit eindeutiger raumplanerischer, geowissenschaftlicher oder architektonischer Fachkenntnis tätig ist – eine Ausnahme davon ist der neue Wissenschaftsminister und Geograph Heinz Fassmann. Auch in den relevanten Planungsressorts in den Bundesländern ist es viel wahrscheinlicher JuristInnen und Personen aus wirtschaftlichen Berufen zu finden als PlanerInnen. Dies muss in der Form nicht falsch sein, denn Raumplanung ist als entweder verwaltungsnahes oder wissenschaftliches Thema, das den obersten Köpfen der Politik unabhängig von ihrem fachlichen Hintergrund zugearbeitet wird. Umso interessanter ist es daher, welche Positionen die Parteien inhaltlich zu Planungsthemen in ihren Wahlprogrammen beziehen.

In den Beschreibungen der einzelnen Programme hat sich gezeigt, dass große Unterschiede in Form, Umfang und der Behandlung der Planungsthematik zwischen den sechs untersuchten Parteien bestehen. Diese begründen sich mit dem Fokus auf die angesprochenen WählerInnengruppen und auf die langfristigen Themenschwerpunkte der Parteien. Verkürzt gesagt kommt in den Grundlagenpapiere heraus, dass die Fraktionen auf folgende dominante Bereiche reduziert werden könnten: SPÖ Arbeit und Soziales, ÖVP Wirtschaft und Sicherheit, FPÖ Sicherheit und Identität, Grüne Umwelt und Energie, NEOS politischer Wandel und Bildung, KPÖ Plus politischer Wandel und Soziales.

Auffällig sind Gemeinsamkeiten von Forderungen unter fast allen Parteien, z.B. bei einer notwendigen Reform des Mietrechtgesetzes, einer Gebührensenkung von Kosten um die Erstellung eines Mietvertrags, des Breitbandausbaus im ländlichen Raum und einer besseren Kombinierbarkeit von bundesländerübergreifenden Angeboten des öffentlichen Verkehrs („Österreich-Ticket“). Während sich die inhaltliche Behandlung in den Wahlprogrammen in diesen Punkten ähnelt, würde die tatsächliche Umsetzung aber höchstwahrscheinlich doch sehr unterschiedlich ausfallen.

Ein Überblick über die Programme und ein Vergleich der Inhalte findet sich in Tabelle 2. Die Unterschiedlichkeit der Wahlkampfunterlagen zeigt sich bereits an deren Umfang. Diese reichen von knappen 17 Seiten (KPÖ Plus) bis zu ausgedehnten 250 Seiten (ÖVP). Damit ändert sich die Intensität der Ausarbeitung und die Möglichkeiten der Kommunikation ganz entscheidend. Der Hauptteil der Tabelle versammelt die Standpunkte der Parteien zu fünf ausgewählten übergeordneten planerischen Themengebieten und stellt diese dem Detailgehalt der Aussagen der Fraktionen gegenüber. In den letzten drei Zeilen werden Besonderheiten der Programme aufgezeigt, etwa wenn die Kompetenzverteilung zwischen den Gebietskörperschaften, raumplanerische Instrumente und sonstige nennenswerte planungsdienliche Maßnahmen zur Sprache kommen.

In der Analyse der Wahlunterlagen stellt sich heraus, dass jede Partei zu einzelnen Punkten planerisch gesehen seriöse Vorschläge anbieten kann. Die breiteste Behandlung von Planungsthemen gelingt den Grünen, die auch in ihren fünf Landesregierungsbeteiligungen die Umwelt- und Planungsagenden innehaben. Diese Kompetenz spiegelt sich auch auf Bundesebene und im Grünen Wahlprogramm wider. SPÖ und ÖVP stellen mit der Wohnpolitik bzw. dem ländlichen Raum ihre zentralen Themenfelder und haben auch sonst einiges zu den anderen untersuchten Raumplanungsthemen – wenn auch oft in einander entgegenstehenden Position – zu sagen. FPÖ und NEOS haben beide

**Tabelle 2:** Übersicht der raumplanerischen Kernaussagen der Parteien und deren Detailgehalt in den jeweiligen Wahlprogrammen

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	NEOS	KPÖ Plus
Umfang	213 Seiten	250 Seiten	54 Seiten	64 Seiten	20 Seiten	17 Seiten
Gliederung	9 Themen	3 Dokumente	25 Themen	13 Themen	7 Themen	12 Themen
Wohnbau	*** Mietrecht, leistbares Wohnen	** Wohnungseigentum, Gebührenbremse Betriebskosten	* Gebührenbremse Betriebskosten	* Mietzinsobergrenze, Zweckbindung Wohnbauförderung	–	** Mietrecht, leistbares Wohnen
Mobilität und Verkehr	* „Öffi-Offensive“	** E-Mobilität, ÖV („Österreichticket“), Shared Mobility	* Individualverkehr, ÖV („Österreichticket“)	*** ÖV, „bewegungsaktive“ und klimaschonende Mobilität	–	* „Radikaler Ausbau“ von ÖV und Radwegenetz
Ländlicher Raum	** Breitbandausbau, KMU-Förderung, ÖV-Ausbau	*** Breitbandausbau, Versorgungssicherheit, ÖV, Ansiedlung Betriebe	* ÖV, Versorgungssicherheit	*** Breitbandausbau, Leerstands-bewirtschaftung, Versorgungssicherheit	–	–
Energie	** Energieeffizienz, Erneuerbare Energie (100% bis 2030)	* Energieeffizienz	* Erneuerbare Energie, Biotreibstoffe	*** Erneuerbare Energie (100% bis 2030), ökosoziale Steuerreform, Energieeffizienz	–	* Thermische Sanierung, ökologischer Neubau
Natur und Umwelt	–	* Umsetzung der EU-Ziele und Pariser Abkommen	–	*** Klimawandelanpassung, Biolandwirtschaft, Gewässerschutz	–	* Biolandwirtschaft
Kompetenzverteilung	* Vereinheitlichung Landesgesetzgebung (z.B. Naturschutz)	–	–	* Bundesweite Anwendung der Standards des Salzburger ROG	** Einschränkung der Fördertätigkeit, Bürokratieabbau	–
Bezug zu planerischen Instrumenten	* Widmung „Sozialer Wohnbau“, Vorbehaltsflächen	* „Länderübergreifender Raum und Entwicklungsplan“, (Strategie Ländlicher Raum)	* Erstellung einer „Infrastruktur-Gesamtstrategie“	** Salzburger ROG als Vorbild, UVP	–	–
Sonstiges/Besonderes	* Open Data	** Digitale Partizipation	–	* Zweckwidmung Wohnbauförderung, keine dritte Flugpiste in Wien Schwechat	–	* Leerstandsabgabe, Zweckwidmung Wohnbauförderung

Quelle: Eigene Darstellung.

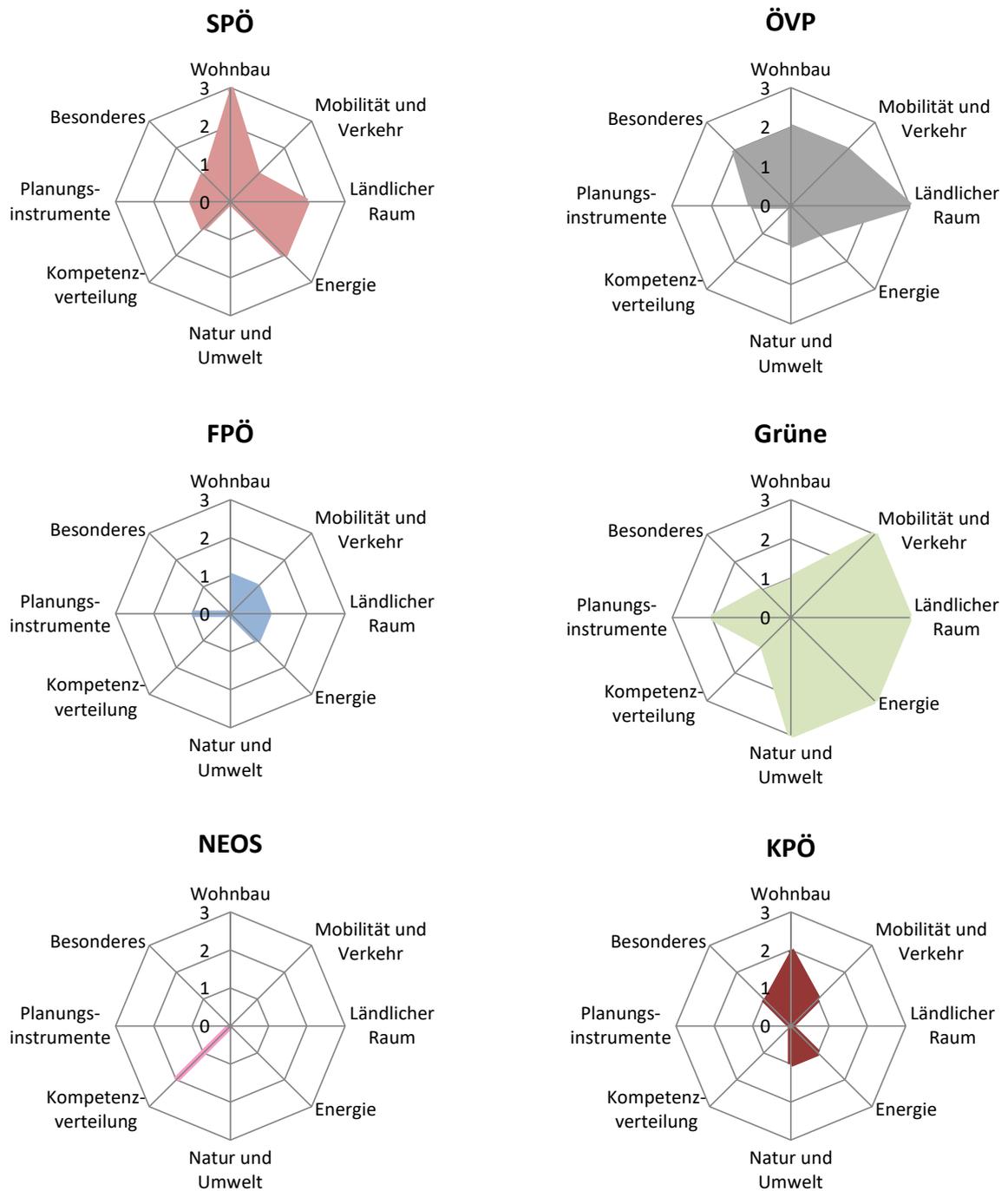
Detailgehalt der Beschäftigung mit einem Thema:

- \* Erwähnung
- \*\* Auseinandersetzung (Wiederholung)
- \*\*\* Ausarbeitung (detaillierte Beschreibung im Fließtext)

ein eher knappes Programm präsentiert, erstere weil sie 25 Kapitel in 54 Seiten pressen und daher nur an der Oberfläche bleiben können, während letztere eher auf andere Politikbereiche abzielen, die in diesem Text wenig Beachtung finden. Die KPÖ Plus hingegen erhebt viele bedeutende Forderungen, allerdings in starken Maximalpositionen, die angesichts ihres aussichtslosen Wahlkampfes wohl auch zur Aufmerksamkeitsmaximierung beitragen sollten. Die oben stehende Bewertung der einzelnen Parteien ist in Abbildung 2 graphisch übersetzt und stellt die Schwerpunkte der Parteien in Planungsthemen dar.

Über die behandelten Inhalte der Wahlprogramme wurde bereits oben berichtet. Interessant sind auch die thematischen Lücken, die zwischen den getätigten Aussagen klaffen. So fanden sich etwa kaum konkrete Ansätze zum Thema Natur und Umwelt. Zwar hat fast jede Partei entsprechende kurze Teile in ihren Unterlagen, die sich aber fast immer auf den Klimawandel als energiepolitische Herausforderung richten. Lediglich die Grünen setzen sich damit, entsprechend ihres Gründungsgedankens, detailliert auseinander. Scurril geht die FPÖ mit diesem Thema um: Sie schreiben nur, dass „Naturschutz in einer Partnerschaft von Landwirtschaft, Wirtschaft, Jagd und Fischerei“ passieren müsste (FPÖ 2017, S.41).

Abbildung 2: Behandlung planungsrelevanter Inhalte in den sechs untersuchten Wahlprogrammen



Quelle: Eigene Darstellung.

Neben den fünf zentralen Planungsthemen der Analyse, wurde auch ein Auge auf Ansätze zur Änderung der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Bundesländern geworfen. Planerisch interessant sind dabei die Ansätze der SPÖ zur Vereinheitlichung von Bereichen der Landesgesetzgebung über den Bund und jene der Grünen im Hinblick auf eine (derzeit utopische) bundesweite Vorgabe der Standards von Raumordnungsgesetzen (entlang des

Salzburger Vorbilds). Im Bezug auf das Raumplanungsinstrumentarium ist jedoch keine Partei sattelfest: Während sich die SPÖ quasi in Personalunion mit Wien im Wahlprogramm die Länderkompetenz zur Etablierung der neuen Widmungskategorie „Sozialer Wohnbau“ anmaßt, spricht die ÖVP von einem „länderübergreifenden Raum- und Entwicklungsplan“, der wohl das bestehende österreichische Raumentwicklungskonzept (ÖREK) meint und

die FPÖ verwechselt eine zu erstellende „Infrastruktur-Gesamtstrategie“ mit dem gültigen Gesamtverkehrsplan des BMVIT.

Im Hinblick auf die Ergebnisse der NRW 2017 sind die Schlüsse aus dieser Untersuchung sehr relevant: Die Wahl hat einen deutlichen Rechtsruck und der österreichischen Bevölkerung eine schwarz-blaue Regierung gebracht. Sieht man sich deren raumplanerische Ansichten genauer an, erkennt man, dass diese wohl wohnungspolitisch das Eigentum ins Zentrum stellen, Mobilitäts- und Energieaufgaben mit Anreizen (statt Beschränkungen oder gar Verboten) angehen, Wirtschaftlichkeit in den Vordergrund stellen und den Klimaschutz eher an den Rand rücken werden. Auf der Metaebene darüber stehen der Grundsatz der besseren Lösung durch einen Markt, die Forderung nach mehr Leistung und der Bezug auf eine österreichische Identität.

## Quellen

Bundesministerium für Inneres (2017a), Bundeswahlvorschläge, abgerufen am 08.10.2017: [http://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl\\_2017/start.aspx#pk\\_03](http://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_2017/start.aspx#pk_03)

Bundesministerium für Inneres (2017b), Bewerberinnen und Bewerber auf Landesparteilisten und Regionalparteilisten, abgerufen am 08.10.2017: [http://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl\\_2017/start.aspx#pk\\_06](http://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_2017/start.aspx#pk_06)

Bundesministerium für Inneres (2017c), Erzielte Vorzugsstimmen, abgerufen am 22.11.2017: [http://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl\\_2017/start.aspx#pk\\_11](http://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_2017/start.aspx#pk_11)

NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum (2017), Ziele. Das Zukunftsmanifest für Österreich, Wahlprogramm für die Nationalratswahl 2017, Wien

Die Grünen (2017), Das ist Grün, Wahlprogramm für die Nationalratswahl 2017, Wien

FPÖ – Freiheitliche Partei Österreichs (2017), Österreicher verdienen Fairness, Wahlprogramm für die Nationalratswahl 2017, Wien

Diese Ansätze kann man mögen oder nicht, demokratiepolitisch sollte es angesichts einer rechts-liberalen Verfassungsmehrheit eine Opposition geben, die auch andere Ansichten und Alternativen im Parlament vertreten kann (zu welchen innovative planerische Instrumente meistens zählen). Die SPÖ hat in der Vergangenheit kein gesteigertes Interesse gegenüber Planungsthemen gezeigt und angesichts der diffusen und aktuell kopflosen Liste Pilz fällt der Nichteinzug der Grünen ins Parlament besonders ins Gewicht. Denn man mag den Grünen gespalten gegenüber stehen, aber muss sich die Frage stellen, welche Partei die Lücke ihrer raumplanerischen Expertise füllen kann – wobei sie angesichts der österreichischen Kompetenzverteilung mit ihren Themen vielleicht ohnehin besser auf der Landesebene aufgehoben sind.

KPÖ Plus PLUS – Kommunistische Partei Österreichs (2017), Sie stehen uns die Zukunft. Wir holen sie uns zurück!, Wahlprogramm für die Nationalratswahl 2017, Wien

ÖVP – Österreichische Volkspartei (2017a), Der neue Weg. Neue Gerechtigkeit & Verantwortung, Wahlprogramm für die Nationalratswahl 2017, Teil 1, Wien

ÖVP – Österreichische Volkspartei (2017b), Der neue Weg. Aufbruch & Wohlstand, Wahlprogramm für die Nationalratswahl 2017, Teil 2, Wien

Österreichisches Parlament (2017a), Landesregierungen und Landesverwaltung, abgerufen am 22.11.2017: <https://www.parlament.gv.at/PERK/BOE/LB/>

Österreichisches Parlament (2017b), Klubs, abgerufen am 08.10.2017: <https://www.parlament.gv.at/WWER/KLUBS/index.shtml>

SPÖ – Sozialdemokratische Partei Österreichs (2017), Plan A. Das Programm für Wohlstand, Sicherheit & gute Laune, Wahlprogramm für die Nationalratswahl 2017, Wien